

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Bürsch, Ludwig Stiegler, Klaus Brandner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Werner Schulz (Berlin), Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/1400 –

Öffentlich Private Partnerschaften

A. Problem

Zusammenfassung und Weiterentwicklung der bisherigen Erfahrungen, Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP) für eine breitere Implementierung, insbesondere in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur, öffentlicher Hoch- und Tiefbau, eGovernment, soziale Dienste, Verteidigung, Forschung und Entwicklung sowie Kultur.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/1400 – anzunehmen.

Berlin, den 3. März 2004

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend
Vorsitzender

Werner Schulz (Berlin)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Werner Schulz (Berlin)

I. Überweisung und Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/1400 wurde in der 64. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. September 2003 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 3. März 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Finanzausschuss** (49. Sitzung am 3. März 2004), und der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** (30. Sitzung am 11. Februar 2004) haben den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Innenausschuss** (27. Sitzung am 14. Januar 2004), der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** (23. Sitzung am 5. November 2003), der **Verteidigungsausschuss** (30. Sitzung am 11. Februar 2004), der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** (27. Sitzung am 11. Februar 2004), der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** (54. Sitzung am 11. Februar 2004), der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** (19. Sitzung am 22. Oktober 2003), der **Ausschuss für Kultur und Medien** (29. Sitzung am 3. März 2004) und der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (32. Sitzung am 3. März 2004) haben den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimm-

enthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** (33. Sitzung am 6. November 2003) und der **Ausschuss für Tourismus** (26. Sitzung am 5. November 2003) haben den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrages

Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) sind ein wichtiger Baustein zur Modernisierung des Staatswesens. Mit ÖPP wird eine dauerhafte, in beiderseitigem Vorteil liegende, dem Gemeinwohl dienende Kooperation zwischen öffentlichen Händen und Privatwirtschaft angestrebt. ÖPP-Modelle werden zurzeit umfassend erprobt. Nach dem Willen der Antragsteller sollen die Chancen der ÖPP noch umfassender nutzbar gemacht und vor allem im Verkehrsinfrastrukturbereich, im Bereich des öffentlichen Hoch- und Tiefbaus, im Bereich von eGovernment, im Bereich sozialer Dienste, im Verteidigungsbereich, im Forschungs- und Bildungsbereich sowie im Kulturbereich entwickelt bzw. weiterentwickelt werden. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die rechtlichen Rahmenbedingungen für ÖPP, vor allem im Vergabe-, Steuer-, Haushalts-, Kommunal- und Zuwendungsrecht, zu überprüfen. Ferner soll sie eine Implementierungsstrategie für ÖPP entwickeln, ÖPP-Kompetenz- und Service-Strukturen schaffen, auf die Bildung von dezentralen ÖPP-Servicestäben hinwirken und einen bundeseinheitlichen Maßstab für den Wirtschaftlichkeitsvergleich entwickeln.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 15/1400 verwiesen.

III. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 3. März 2004 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Annahme des Antrages zu empfehlen.

Berlin, den 3. März 2004

Werner Schulz (Berlin)
Berichtersteller

